



Seit zehn Monaten sitzt der umstrittene WikiLeaks-Gründer Julian Assange in Großbritannien in Haft. Nun könnte er an die USA ausgeliefert werden, wo ihm 175 Jahre Gefängnis drohen. Statuiert die westliche Welt an dem Enthüllungsaktivisten ein Exempel, das die Grenzen des Rechtsstaats sprengt? Manches deutet darauf hin.

VON MARTIN STAUDINGER UND
TESSA SZYSZKOWITZ (LONDON)

Der Grüngürtel, der sich mitten durch das beschauliche Wohngebiet Thamesmead im Südosten von London zieht, ist nicht für Erholungszwecke gedacht. Hinter Büschen und Bäumen verbirgt sich vielmehr eine der berühmtesten Haftanstalten Großbritanniens: Belmarsh Prison, ein Hochsicherheitsgefängnis für Delinquenten der „Kategorie A“. Nach den etwas sperrig formulierten Richtlinien der Strafvollzugsbehörde Her Majesty's Prison Service handelt es sich dabei um Personen, „deren Entkommen hochgefährlich für die Öffentlichkeit, die Polizei oder die Sicherheit des Staates wäre und für die es das Ziel sein muss, ihr Entkommen unmöglich zu machen“.

Ronald Biggs, der legendäre Posträuber; Tommy Robinson, Gründer der rechtsextremen British Defense League; Anjem Choudary, Führer der mittlerweile verbotenen islamistischen Gruppe Islam4UK; zahlreiche zu unrühmlicher Berühmtheit gelangte Mörder, Vergewaltiger: Sie alle saßen oder sitzen in Belmarsh ihre Strafen ab.

Seit Mai vergangenen Jahres wird dort auch Julian Assange, das ehemalige Mastermind hinter der Enthüllungsplattform WikiLeaks, festgehalten. Im Unterschied zu den anderen Insassen von Belmarsh hat der gebürtige Australier eine weltweite Fangemeinde, die für seine Freilassung kämpft – und zahlreiche prominente, ernstzunehmende Fürsprecher, die überzeugt sind, dass ihm schweres Unrecht angetan wird.

Gleichzeitig hat sich Assange aber so mächtige Feinde gemacht wie sonst niemand in Belmarsh:

DIE DUNKLE SEITE DER MACHT

Geheimdienste, Militärs, Diplomaten und nicht zuletzt zwei US-Präsidenten, Barack Obama und Donald Trump – im Wesentlichen das gesamte Personal eines halbwegs ambitionierten Politthrillers, nur dass dieser keine Fiktion ist, sondern Realität.

Deshalb lässt sich die Frage, die inzwischen nicht nur in den sozialen Netzwerken, sondern auch in seriösen Medien herumgeistert, nicht so einfach vom Tisch wischen: Ist es denkbar, dass sich eine „Gruppe von demokratischen Staaten zusammenschlossen hat“, um einen Rachefeldzug gegen Julian Assange zu führen – und dass dieser dabei gar „zu Tode gefoltert“ werden könnte?

Was klingt wie Auszüge aus dem Posting eines Verschwörungstheoretikers, sind Zitate aus Interviews mit dem honorigen Schweizer Rechtswissenschaftler und Diplomaten Nils Melzer (siehe rechts), der den Fall in seiner Funktion als UN-Sonderberichterstatter untersucht hat.

Die Tat, die Assange in Großbritannien angelastet wird, ist letztlich eine Bagatelle und bereits abgebüßt – ein Verstoß gegen Kautionsauflagen, die 2012 von der Justiz verhängt worden waren. Dass er trotzdem immer noch im Belmarsh Prison einsitzt, ist auf ein Auslieferungsbegehren der USA zurückzuführen, über das am 24. Februar erstmals verhandelt wird; aber auch darauf, dass WikiLeaks die Außen- und Sicherheitspolitik der westlichen Welt in wesentlichen Teilen entblößt hat: durch Publikation einer Unzahl von nicht für die Öffentlichkeit gedachten Berichten, Dokumenten und anderen Informationen.

Dafür drohen ihm in den USA nunmehr bis zu 175 Jahre Haft.

Was Assange, seine Enthüllungsplattform, ihre Anhänger und zahlreiche Medien als Dienst an der Wahrheit betrachteten, war aus der Sicht von Staaten und Regierungen eine Kriegserklärung. Besonders gereizt reagierten darauf Länder des demokratischen Westens, allen voran die USA.

Dabei hatten die Aktivitäten von WikiLeaks ursprünglich vor allem autoritäre Staaten getroffen. Gegründet im Jahr 2006 auf Initiative von Assange, versteht sich die Plattform in erster Linie als radikal transparente Anlaufstelle für Whistleblower. Genutzt wird sie vor allem von Oppositionellen in repressiven Systemen, die auf herkömmlichem Weg keine Öffentlichkeit für ihre Anliegen herstellen können – etwa in China, Nordkorea, Russland und Simbabwe. All diese Länder sperren nach unangenehmen Enthüllungen zumindest zeitweise den Zugang zu WikiLeaks.

2010 richteten sich die Aufdeckungen von Assange und seinen Aktivisten in mehreren Fällen gegen die Vereinigten Staaten. Die Plattform stellte nicht nur ein Video online, das mutmaßliche US-Kriegsverbrechen im Irak dokumentierte, sondern auch Hunderttausende Militär- und Geheimdienstberichte aus Afghanistan und dem Irak; und 2010 schließlich eine Viertelmillion Botschaftsdepeschen, die intimste Einblicke in die Arbeitsweise, die politischen Einschätzungen und die vertraulichen Erkenntnisse der amerikanischen Diplomatie erlaubten. Dass die deutsche Bundeskanzlerin von den Mitarbei-



„Symptome von psychologischer Folter“

Nils Melzer, UN-Sonderberichterstatter für Folter, über die Haftbedingungen und die Behandlung von Julian Assange.

profil: Versuchen die britische und die amerikanische Regierung, Julian Assange aus dem Verkehr zu ziehen?

Melzer: Es ist vor allem die amerikanische Regierung, die von der britischen dabei allerdings unterstützt wird. Schweden und Ecuador haben sich auch beteiligt. Viele andere Regierungen sind nicht ganz unglücklich, wenn Assange und sein Businessmodell WikiLeaks aus dem Verkehr gezogen werden. Assange bedroht die Geheimhaltungspraktiken der Regierungen. Es geht dabei nicht nur um notwendige, sondern um eine geradezu grassierende Geheimhaltung. Der 2014 erstellte Bericht des US-Senats zu den Foltterwürfen gegen die CIA beispielsweise wurde vollständig geheim gehalten. Zwar wurde eine 500 Seiten lange Zusammenfassung erstellt, aber selbst diese war großflächig geschwärzt. Nicht nur einzelne Namen wurden der Öffentlichkeit vorenthalten, sondern ganz Abschnitte. Heutzutage ist es möglich, dass Sie von Ihrer Regierung eine Auskunft verlangen und dann drei komplett geschwärzte Seiten zurückbekommen.

Nils Melzer

ist seit 2016 der UN-Sonderberichterstatter für Folter oder andere grausame, unmenschliche oder degradierende Behandlung und Bestrafung. Der Schweizer Jurist hat Professuren an der Universität Glasgow und den Lehrstuhl an der Genfer Akademie für internationales Völkerrecht und Menschenrechte inne.

profil: Assange wurde in Großbritannien wegen des Verstoßes gegen die Kautionsauflagen verurteilt. Ist das aus Ihrer Sicht nicht in Ordnung?

Melzer: Er hat diese Strafe seit September abgesessen und sollte nun auf freiem Fuß sein. Er ist jetzt aber wegen des Auslieferungsgesuchs der USA vorsorglich in Haft, damit er sich einer möglichen Auslieferung am Ende des Verfahrens nicht entziehen kann. Was die Kautionsverletzung betrifft, so gibt es zwei Aspekte: Assange hatte um politisches Asyl in der ecuadorianischen Botschaft angesucht. Er ist nicht der Einzige in der Geschichte, der dieses Recht in Anspruch genommen hat. Westliche Botschaften nehmen auch russische oder chinesische Dissidenten auf. Die Asylsuche ist keine Straftat, sondern ein Menschenrecht und ein Rechtfertigungsgrund. Assange hat sich ja nicht in einer Höhle versteckt. Das Strafmaß ist außerdem völlig unverhältnismäßig. Das höchste Strafmaß sind 52 Wochen – und das auch nur dann, wenn jemand während der Kautionsverletzung ein schweres Verbrechen begeht. Das ist bei Assange aber nicht der Fall. Man wollte ihn wohl bewusst lange genug festhalten können, damit die amerikanische Justiz ihren Fall aufbauen kann.

profil: Im britischen Belmarsh-Gefängnis sitzt er gemeinsam mit IS-Terroristen ein. Ist das gerechtfertigt?

Melzer: Assange ist heute nicht mehr im Strafvollzug, und wenn man nur seine Flucht verhindern will, braucht es dazu keinen Hochsicherheitstrakt. Er könnte auch unter Hausarrest gestellt werden, wo er seine Familie sehen und seinen Beruf ausüben dürfte. Ich denke, das ist bewusst so angelegt, um ihn von seinen Anwälten fernzuhalten und seinem unterstützenden Umfeld zu entziehen.

profil: Sitzt Assange jetzt zumindest nicht mehr in Einzelhaft?

Melzer: Wir haben gehört, dass es damit vorbei sein soll. Ich habe aber keine Möglichkeit, dies selbst zu überprüfen. Ich gehe auch nicht davon aus, dass man ihn deshalb aus der Einzelhaft genommen hat, weil seine Mitgefangenen dies in einer Petition gefordert haben. Die britische Regierung hört ja nicht einmal auf die Vereinten Nationen. Hier geht es eher darum, dass man ihn aus der Einzelhaft in der Krankenanstalt herausnehmen wollte, damit er nicht sagen kann, er sei zu krank, um sich dem Gericht zu stellen.

profil: Konnten Sie ihn sehen?

Melzer: Ich habe ihn am 9. Mai 2019 vier Stunden lang mit zwei auf Folterhaft spezialisierten Ärzten besucht. Wir drei waren vorher sehr skeptisch gegenüber Assange. Danach haben wir alle drei festgestellt, dass er wirklich Symptome von psychologischer Folter zeigt. Das haben wir unabhängig voneinander festgestellt.

profil: Wie wurde Assange gefoltert?

Melzer: Assange wurde gezielt unter Druck gesetzt, ohne dass ihm körperliche Schmerzen zugefügt wurden. Zuerst hat man ihn isoliert, das ist die klassische erste Maßnahme von psychologischer Folter. Dann hat man ihn systematisch bedroht. Er hat auch schon Todesdrohungen erhalten. Der dritte Punkt sind systematische Erniedrigungen; auch öffentliche Demütigungen gehören dazu. Das sind alles Elemente psychologischer Folter, die bei ihm messbare psychologische Schäden verursacht haben.

profil: Warum waren Sie vorher skeptisch gegenüber Assange eingestellt?

Melzer: Ich denke, ich war wie die breite Öffentlichkeit beeinflusst von diesem Narrativ, das von der Presse und von den Regierungen gestreut wird, dass Assange ein

Vergewaltiger, Narzisst, Hacker und Spion sei. Ich habe eigentlich nichts gefunden, was dies unterstützen würde.

profil: Es haben allerdings auch viele ihre Zusammenarbeit mit ihm eingestellt, weil sie weder seine Persönlichkeit noch seine Sichtweise ertragen konnten.

Melzer: Der Charakter von Julian Assange steht nicht zur Debatte. Es geht doch darum: Hat er ein Verbrechen begangen? WikiLeaks wirft tatsächlich Probleme auf, gerade auch im Zusammenhang mit den unqualifizierten Veröffentlichungen. Aber wieso will man ihn dafür mit 175 Jahren Gefängnis bestrafen? Die schwersten Kriegsverbrecher in Den Haag bekommen höchstens 40 Jahre. Der Hintergrund ist doch eindeutig: Die Methodologie von WikiLeaks stellt eine Bedrohung für das Establishment dar. Die Enthüllungsplattform zeigt auf, wie das Kriegsgeschäft geführt wird. Aus eigener Erfahrung habe ich Einsicht hinter die Kulissen und in die Privilegien, die Staaten für sich beanspruchen. Sie setzen ihre eigene Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen durch. Bei WikiLeaks aber wird genau das infrage gestellt. Deshalb möchte man verhindern, dass Assange und WikiLeaks weiterarbeiten können. Und deshalb geht es hier letztlich darum, an Assange ein Exempel zu statuieren – nicht, um ihn selbst zu bestrafen; man will aber sicherstellen, dass er keine Nachahmer findet.

profil: Geht es Ihnen darum, seine Haftbedingungen zu verbessern oder das ganze System zu ändern?

Melzer: Ich habe drei Gründe, hier zu intervenieren. Assange und WikiLeaks haben schwere Verbrechen enthüllt, die im Auftrag von Regierungen begangen wurden. Diese sind aber nicht verfolgt worden. Es ist innerhalb meines Mandats, dass ich darauf bestehe, dass diese Verbrechen verfolgt werden. Zweitens: Er wurde selbst misshandelt und zeigt Symptome eines Folteropfers. Auch das muss untersucht, bestraft und entschädigt werden. Drittens muss man die Auslieferung verhindern, weil Assange in den USA unter Umständen bis zum Tode in unmenschlichen Haftbedingungen leben müsste. Gleichzeitig hat es einen systemischen Effekt für die Pressefreiheit.

profil: Wenn die Auslieferung beschlossen wird, wird er vermutlich dagegen berufen.

Melzer: Ja. Die Anwälte von Assange würden mit Sicherheit sofort berufen. Doch machen Sie sich keine Illusionen: Selbst wenn das britische Gericht die Auslieferung verweigert, würden die Amerikaner sofort dagegen Berufung einlegen.

„Viele Regierungen sind nicht ganz unglücklich, wenn Assange und sein Businessmodell WikiLeaks aus dem Verkehr gezogen werden.“

tern des Außenministeriums in Washington „Angela ‚Teflon‘ Merkel“ genannt und Russlands Präsident Wladimir Putin als „Alpha-Rüde“ bezeichnet wurde, waren dabei nur Peinlichkeiten am Rande. Die Aktion ging unter dem Schlagwort „Cablegate“ in die Geschichte ein.

Laut einem Geheimdienstdokument aus dem Jahr 2008 sahen die US-Behörden WikiLeaks als „potenzielle Bedrohung“ – einerseits wegen der Veröffentlichung geheimer Informationen, andererseits durch das Risiko der Verbreitung von Desinformation und Propaganda.

Währenddessen ist oft nicht klar, was Assange und seine Mitstreiter eigentlich betreiben: Journalismus oder Aktivismus? Medien feiern WikiLeaks als Instrument der Informationsfreiheit und fordern, die Plattform rechtlich genauso zu behandeln wie klassische Medien – also privilegiert, was den Quellenschutz und das Redaktionsgeheimnis betrifft.

Nicht alle sind dieser Meinung. Für die Behauptung diverser Regierungen und Behörden, die Enthüllungen von WikiLeaks hätten das Leben von Menschen gefährdet, gibt es zwar keine konkreten Beweise. Die Kritik an mangelnder redaktioneller Kontrolle und unzureichender Einschätzung der möglichen Folgen von Publikationen lässt sich aber schwer entkräften; auch wenn die Organisation selbst beteuert, Dokumente vor der Publikation penibel auf Authentizität, „Mittel, Motiv und Gelegenheit“ zu überprüfen. Zudem geht sie Partnerschaften mit seriösen internationalen Medien wie „Guardian“ oder „Spiegel“ ein, die Veröffentlichungen begleiten.

Bei vielen dieser Kooperationen kommt es jedoch zu Konflikten. Sie entzündeten sich meist an der Persönlichkeit von Julian Assange, die auch WikiLeaks-intern für Probleme sorgt. „Herrisch, egozentrisch und auf die eigene Wirkung bedacht“ – so zeigt ihn nach Einschätzung der „Zeit“ ein Porträt der Filmemacherin Laura Poitras. „Julian führt WikiLeaks wie einen Geheimdienst, mit Codenamen, Abschottung verschiedener Bereiche voneinander“, beschreibt die Regisseurin die Arbeitsweise der Plattform, deren Methoden mit der Zeit immer fragwürdiger geworden sind. 2017 etwa setzte WikiLeaks via Twitter 10.000 US-Dollar Belohnung für die „öffentliche Bloßstellung“ und „termination“ (das Wort kann „Kündigung“ ebenso bedeuten wie „Auslöschung“) eines Journalisten an, dem eine Mitschuld an der Enttarnung einer Whistleblowerin gegeben wurde.

Zu diesem Zeitpunkt war die Organisation längst auseinandergebrochen. Und das lag nicht nur am zunehmenden Druck, den Staaten und Behörden ausübten – unter anderem, indem Kreditkartenunternehmen Spendenzahlungen an WikiLeaks verhinderten. Es lag auch an Assange selbst, der sich mit einem großen Teil seiner Mitstreiter heillos zerstritten hatte; und daran, dass er inzwischen de facto in Haft saß, und zwar in der Botschaft der Republik Ecuador in London.

Sein Weg dorthin hat mehr oder minder gleichzeitig mit den WikiLeaks-Enthüllungen über die US-Außenpolitik begonnen.



WIKILEAKS-ENTHÜLLUNG
Immer wieder brachten Assange und seine Mitstreiter die USA in größte Verlegenheit: Etwa mit einem Video, das die Tötung von irakischen Zivilisten durch Kampfhubschrauber zeigt – und damit ein mutmaßliches Kriegsverbrechen.

Im August 2010 ist Assange auf Besuch in Schweden. Die Piratenpartei stellt der Plattform einen Server zur Verfügung, um einer möglichen Blockade von WikiLeaks in den Vereinigten Staaten zuvorzukommen. Während seines Aufenthalts hat Assange nacheinander Sex mit zwei Frauen – einvernehmlich. Später melden sich die beiden jedoch bei der Polizei.

Es geht um ein Kondom, das während des Geschlechtsverkehrs kaputtgegangen ist oder von Assange kaputtgemacht wurde, und um die Angst vor einer HIV-Infektion. In Schweden gilt ein besonders strenges Sexualstrafrecht. Die Behörden leiten Ermittlungen wegen des Verdachts der Vergewaltigung ein. Es dauert nur Stunden, bis die Presse über den Fall berichtet.

Darüber, was danach passiert, gehen die Schilderungen auseinander. Fest steht, dass die Staatsanwaltschaft den Vorwurf der Vergewaltigung wenig später fallen lässt, die Ermittlungen kurz danach aber erneut aufnimmt. Der australische Staatsbürger Assange bemüht sich um eine dauerhafte Auf-

enthaltsgenehmigung in Schweden, die ohne Angabe von Gründen abgelehnt wird. Daraufhin reist er mit offizieller behördlicher Erlaubnis nach Großbritannien weiter. Wenig später erlässt die schwedische Justiz einen internationalen Haftbefehl wegen Vergewaltigung gegen den WikiLeaks-Gründer.

Laut UN-Sonderberichterstatter Nils Melzer wurde die Polizistin, welche die erste Einvernahme mit der Sexualpartnerin von Assange durchgeführt hat, von ihrem Vorgesetzten dazu angewiesen, nachträglich das Protokoll zu ändern. Ursprünglich hätten die Frauen nämlich gar keine Vergewaltigung anzeigen wollen, aus ihren Aussagen habe sich für die Staatsanwaltschaft auch kein Hinweis auf ein Delikt ergeben.

„Es ist ein manipuliertes Beweismittel, aus dem die schwedischen Behörden dann eine Vergewaltigung konstruiert haben“, so Melzer unter Berufung auf offizielle Dokumente. Der zeitliche Zusammenhang mit den WikiLeaks-Enthüllungen über die US-Kriegsführung und Diplomatie im Jahr 2010 sei offenkundig. ▶

„Nicht alles ist top secret“

WikiLeaks-„Botschafter“

Joseph Farrell über den Vorwurf, die Enthüllungsplattform sei bei Veröffentlichungen unverantwortlich vorgegangen.



Profil: Stimmt der Vorwurf, dass WikiLeaks in seinem Anspruch, totale Transparenz zu gewähren, auch Menschenleben in Gefahr gebracht hat – etwa durch die Veröffentlichung der Namen von Geheimdienstinformanten?

Farrell: WikiLeaks anerkennt die Notwendigkeit von Geheimhaltung. Von den Dokumenten, die wir aus Afghanistan erhielten ...

profil: ... eine Sammlung von Front-, Geheimdienst- und Botschaftsberichten über US-Einsätze in den Jahren 2004 bis 2010 ...

Farrell: ... wurden beispielsweise noch immer nicht alle publiziert – 75.000 von insgesamt 91.000. Grund dafür ist auch, dass wir niemanden gefährden wollen. Zudem sind viele Dokumente, die wir veröffentlicht haben, lediglich mit „geheim“ markiert. Das heißt auch: Nicht alles ist top secret.

profil: Nach welchen Kriterien überarbeiten Sie Dokumente?

Farrell: Es ist selbstverständlich, dass wir redigieren – wir wollen niemanden gefährden. Die Berichte aus Afghanistan haben wir neun Monate lang gesichtet und sortiert. Dann machte der „Guardian“ (die britische Tageszeitung war damals ein Medienpartner von WikiLeaks, Anm.) 2010 Druck, dass wir publizieren.

profil: Der „Guardian“ erhob gegen WikiLeaks aber auch den Vorwurf, nicht vorsichtig genug gewesen zu sein.

Farrell: Es gibt immer ein gutes Argument dafür, warum man möglichst wenig überarbeiten soll. Umgekehrt ist doch die Redaktion des „Guardian“ geradezu korrupt.

profil: Inwiefern?

Farrell: Der „Guardian“ fürchtete, Werbung und Unterstützung zu verlieren, wenn manche Unternehmen namentlich genannt werden. Deshalb wurde der Erdölkonzern BP zum Beispiel bei der Publikation nicht erwähnt. Das nenne ich Zensur.

profil: Vielleicht waren die Kollegen auch besorgt, dass sie geklagt werden könnten?

Farrell: Es handelte sich nicht um substanzlose Behauptungen. Das waren ja Dokumente, die uns zugespielt worden waren. WikiLeaks arbeitet nicht allein, wir haben immer mit Hunderten von respektablen Medien kooperiert.

profil: Viele Menschenrechtsorganisationen setzen sich dafür ein, dass Julian Assange bessere Haftbedingungen bekommt. Zeigt die Unterstützung Wirkung?

Farrell: Julian ist jetzt nicht mehr in Einzelhaft. Man hat ihn aus dem Krankentrakt ins Gefängnis verlegt. Das halte ich für einen riesigen Sieg für seine Anwälte und für die Kampagne, die seit Monaten gefordert hatten, dass die Gefängnisbehörden die Strafmaßnahmen gegen ihn beenden.

„WikiLeaks anerkennt die Notwendigkeit von Geheimhaltung. Wir wollen niemanden gefährden.“

Joseph Farrell ist einer der wenigen öffentlich bekannten Partner von Julian Assange bei WikiLeaks. Der britische Journalist fungiert als „Botschafter“ von WikiLeaks in London. Farrell ist auch Vorstandsmitglied der Medien-NGO Centre for Investigative Journalism.

Profil: Ist es rechtens, dass Julian Assange im Gefängnis sitzt?

Eyal: Ja. Das letzte Mal, als Assange auf Kautions freigelassen wurde, ist er sofort verschwunden. Damals gab es einen Auslieferungsantrag seitens Schweden, weil er dort wegen Vergewaltigung vor Gericht gestellt werden sollte. Der Auslieferungsantrag in die USA kam erst später. Das britische Recht geht davon aus, dass die Gefahr besteht, dass sich Assange, wenn er auf freiem Fuß ist, erneut der Gerichtsbarkeit entziehen könnte. Dafür, dass er sich damals dem Recht entzogen hatte, wurde er am 1. Mai 2019 verurteilt.

profil: Ist es gerechtfertigt, dass er deswegen im berühmten Belmarsh-Gefängnis untergebracht ist, wo auch IS-Terroristen einsitzen, und dass er monatelang in Isolationshaft gehalten wurde?

Eyal: Es gibt in Belmarsh eine ganze Bandbreite von Häftlingen. Es obliegt der Gefängnisdirektion, ob ein Insasse eine Gefahr für andere darstellt und in Einzelhaft bleiben muss. Julian Assange wurde schon mehrfach gewalttätig; er hat auch mit seinen Exkrementen um sich geworfen.

profil: Trotzdem ist er kein Schwerverbrecher.

Eyal: Es ist nicht klar, ob seine psychologischen Probleme nicht auch selbst verschuldet sind. Er begab sich ja freiwillig in die ecuadorianische Botschaft, wo er fünf Jahre lang praktisch in Isolation lebte. Im britischen Gefängnis hat er jedenfalls Anrecht auf psychologische und medizinische Betreuung.

profil: Die britische Gerichtsbarkeit muss



„Auslieferung ist keine politische Entscheidung“

Der Sicherheitsexperte Jonathan Eyal über die Inhaftierung von Julian Assange und die Unabhängigkeit britischer Gerichte.

entscheiden, ob Assange an die Vereinigten Staaten ausgeliefert wird. Wovon hängt das ab?

Eyal: Das Gericht wird drei Aspekte abwägen: Ist die Auslieferung nach britischem Recht gesetzmäßig? Kann Assange in den USA ein faires Gerichtsverfahren erwarten? Und: Ist es wahrscheinlich, dass er dort zum Tode verurteilt wird? Wenn die ersten beiden Fragen mit Ja und die dritte mit Nein beantwortet werden, dann

wird das Gericht seine Auslieferung anordnen. Das wird lange dauern, denn Assange kann gegen die Entscheidung Berufung einlegen. Seine Anwälte haben das bereits angekündigt. Vor 2021 wird vermutlich nichts passieren.

profil: Assange drohen in den USA 175 Jahre Gefängnis. Wäre in diesem Fall eine Auslieferung auch ohne Todesstrafe nicht eine politische Entscheidung?

Eyal: Die britischen Gerichte sind allein

Auffällig sei außerdem, dass den beiden Frauen auf Staatskosten der Kanzleipartner des früheren Justizministers Thomas Bodström als Rechtsbeistand zur Seite gestellt wurde. In der Amtszeit von Bodström hatten US-Geheimdienste in Schweden Jagd auf verdächtige Islamisten gemacht, diese entführt und in Geheimgefängnissen mit sogenannten „enhanced interrogation techniques“ (verschärfte Vernehmungstechniken) wie Waterboarding gefoltert.

In November 2010 stellt sich Assange in Großbritannien der Polizei und bleibt unter der Auflage, eine elektronische Fußfessel zu tragen, auf freiem Fuß. Inzwischen hat er aber Wind davon bekommen, dass in den USA still und heimlich ein Verfahren gegen ihn eröffnet wurde. Dort geht Präsident Barack Obama besonders scharf gegen Whistleblower vor – etwa gegen den Armeesoldaten Bradley (nach einer Geschlechtsumwandlung mittlerweile Chelsea) Manning, der WikiLeaks Hunderttausende Dokumente und Videos zugespielt hat. Auch Manning wird 2013 unter anderem wegen Spionage zu 35 Jahren Haft verurteilt. (2017 wird sie vom scheidenden Präsidenten

Obama begnadigt, 2019 aber für mehrere Wochen in Beugehaft genommen, um eine Aussage im Fall WikiLeaks zu erzwingen. UN-Sonderberichterstatter Melzer hat auch diesen Fall untersucht und sieht gegenüber Chelsea Manning „alle Elemente von Folter oder anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Bestrafung erfüllt“.)

Assange will nicht nach Schweden zurückkehren, weil er fürchtet, von dort in die USA ausgeliefert zu werden. Er habe der Staatsanwaltschaft in Stockholm aber mehrfach angeboten, von London aus zu den Vergewaltigungsvorwürfen auszusagen, so Melzer. Das sei aber erst sechs Jahre nach Aufnahme der Ermittlungen in Anspruch genommen worden.

Umgekehrt seien die Schweden von Großbritannien unter Druck gesetzt worden, das Verfahren trotz mangelnder Aussicht auf Erfolg weiterzuführen. „Kriegt jetzt bloß keine kalten Füße“, heißt es in einem Mail der britischen Strafverfolgungsbehörde CPS an die leitende Staatsanwältin, als diese durchblicken lässt, dass es möglicherweise zu keiner Anklage gegen Assange kommen werde.

Jonathan Eyal ist stellvertretender Direktor des Royal United Services Institute (RUSI) in London. Der älteste Thinktank Großbritanniens wurde 1831 vom Herzog von Wellington gegründet. Geforscht wird vornehmlich im Bereich Verteidigung und Sicherheitsfragen.

dafür zuständig, die Auslieferung anzuordnen oder sie abzulehnen. Das ist keine politische Entscheidung. Britische Richter sind schließlich unabhängig. Eine politische Entscheidung wäre es, wenn der Richter die Auslieferung anordnen und der Innenminister sie dann nicht durchführen sollte.

profil: Halten Sie Assange für einen Aktivist für Transparenz oder für einen antiwestlichen Agenten?

Eyal: Assange ist berühmt geworden als Person, die für Offenheit und Transparenz in Regierungen kämpfte. David gegen Goliath, Aktivist gegen Staatsapparat – man schätzte diesen Kampf. Doch so schnell er aufgestiegen war, so rasch ist er auch wieder abgestürzt. Viele, die mit ihm arbeiten, merkten schnell, dass er problematisch war. Der „Guardian“ zum Beispiel hat die Kooperation mit ihm eingestellt. Bei den Veröffentlichungen konnte man ein gewisses Muster erkennen. Julian Assange machte mit der Publikation der E-Mails von Hillary Clinton die einzige Chance zunichte, Donald Trumps Wahl zu verhindern.

Am 19. Juni 2012 sucht Assange (der mittlerweile eine eigene Talkshow beim russischen Staatssender RT hat) in der ecuadorianischen Botschaft in London um Asyl an. Rafael Correa, der linksgerichtete Präsident des südamerikanischen Landes, ist ein erklärter Gegner der USA. Der WikiLeaks-Gründer wird aufgenommen und darf im Gebäude bleiben. Er wird es bis Mitte 2019 nicht mehr verlassen.

Währenddessen kommt die Enthüllungsplattform immer mehr in Verruf. Zwar publiziert WikiLeaks noch einige brisante Datensätze aus autoritären Staaten, unter anderem Saudi-Arabien und der Türkei. Zum Sündenfall wird aber die Veröffentlichung von Tausenden E-Mails aus dem Mitarbeiterstab von Hillary Clinton mitten im Wahlkampf gegen Donald Trump. Bis heute lastet der Verdacht auf Assange, er habe sich dabei von Russland instrumentalisieren lassen, um der ehemaligen US-Außenministerin Clinton (2008–2012) für ihre damalige Rolle bei der Verfolgung von WikiLeaks eins auszuwischen.

Für Ecuador wird Assanges Anwesenheit in der Botschaft aus vielerlei Gründen zur Belastung. Der



UNTERSTÜTZUNG
Nicht nur der harte Kern der WikiLeaks-Gefolgschaft, auch Intellektuelle und Politiker setzen sich für die Freilassung von Assange ein.

Dauergast muss versorgt und unterhalten werden, Gerüchte über sein zunehmend exzentrisches Verhalten (die später wieder dementiert werden) machen die Runde. Das Verhältnis zu den USA wird noch schlechter, als es ohnehin bereits war.

2017 kommt Bewegung in die festgefahrene Angelegenheit. In Ecuador wird der linke Staatschef Correa von dem konservativen Lenín Moreno abgelöst. Dieser macht eine bereits vollzogene Einbürgerung des WikiLeaks-Gründers rückgängig, lässt ihm das Internet in der Botschaft abdrehen und entzieht ihm schließlich das Asylrecht.

Am 19. April 2019 wird Assange schließlich von britischen Polizisten festgenommen und nur zwei Wochen später wegen Verstoßes gegen die Kautionsauflagen zu 50 Wochen Freiheitsentzug verurteilt. Bereits zu Beginn der Haft, die er in einer Isolationszelle verbringt, ist sein Gesundheitszustand schwer angeschlagen, sagt UN-Sonderberichterstatter Nils Melzer im Interview mit profil (siehe Seite 40). Seine Anwältin darf anfangs nicht einmal Papier und Laptop zu den Besprechungen mit ihrem Mandanten mitnehmen.

Nach 20 Wochen Gefängnis wird Assange Mitte September der Rest der Strafe erlassen. Schweden hat das gegen ihn laufende Verfahren wegen Vergewaltigung inzwischen eingestellt. Dennoch kommt er nicht auf freien Fuß. Im Gegenteil: Er bleibt weiterhin isoliert. Erst im Jänner wird der WikiLeaks-Gründer in das Krankenrevier verlegt. „Es obliegt der Gefängnisdirektion, ob ein Insasse eine Gefahr für andere darstellt und in Einzelhaft bleiben muss. Julian Assange wurde schon mehrfach gewalttätig“, sagt Jonathan Eyal, stellvertretender Direktor des Geheimdienst-Thinktanks Royal United Services Institute (siehe Seite 44).

Die generelle Begründung für die Aufrechterhaltung des Freiheitsentzugs lautet Fluchtgefahr. Die USA verlangen nämlich die Auslieferung Assanges, um ihn nach dem Espionage Act vor Gericht zu stellen. Das Gesetz aus dem Jahr 1917 soll in Kriegszeiten die Störung militärischer Operationen, Befehlsverweigerung und Unterstützung für den Feind verhindern. In den vergangenen Jahrzehnten wurde es ausschließlich auf Spione und Whistleblower aus Behörden und Regierung angewendet. Unter Präsident Obama haben die Vereinigten Staaten darauf verzichtet, nach dem Espionage Act gegen Julian Assange vorzugehen, weil dabei ein Konflikt mit dem sakrosankten ersten Zusatzartikel der US-Verfassung, der die freie Meinungsäußerung schützt, fast unausweichlich wäre.

Unter Donald Trump hat sich das geändert. Der amerikanische Außenminister Mike Pompeo spottet bereits, Assange und seine Leute hätte wohl gedacht, die Pressefreiheit schütze sie vor der Justiz: „Aber da liegen sie falsch.“

Kann man davon ausgehen, dass Julian Assange unter diesen Umständen in den USA ein faires Verfahren bekommt, das Voraussetzung für eine Auslieferung ist? Diese Frage muss in den kommenden Wochen eine britische Richterin klären. Zu beneiden ist sie dabei nicht.

„Es ist nicht klar, ob Assanges psychologische Probleme nicht auch selbst verschuldet sind.“

Jonathan Eyal, Thinktank RUSI